



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Ritter, Karl Bernhard: Das Wahlergebnis von 1920

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Das Wahlergebnis von 1920

Von Dr. Karl Bernhard Ritter, Mitglied der Preussischen Landesversammlung

**D**er Sinn der Wahl ist klar, das Volk hat der bisherigen Regierungskunft eine unzweideutige Absage erteilt. Die Mehrheitsparteien, die schon lange vor dem 9. November 1918, die seit dem verhängnisvollen Juli 1917 die Führung unserer Politik in den Händen hatten, sind den Aufgaben nicht gerecht geworden, die ihnen anvertraut waren. So lange sie mehr kritisierend und hemmend, nicht selbst zu positiver Leistung gezwungen ihren Einfluß auf die Geschäfte des Reichs geltend machten, wurden sie getragen von der immer wachsenden Schwäche und Müdigkeit des Volkes angesichts einer Kriegspolitik der kaiserlichen Regierung, der es an klarem Willen und sicheren Zielen fehlte. Dann aber offenbarte sich die Gedankenarmut und Unfruchtbarkeit dieser Oppositionsstimmung, die ohne neue Wege zu wissen sich haltlos von verschwommenen Hoffnungen und abstrakten Forderungen bestimmen ließ.

Der Zug nach rechts ist stärker in Erscheinung getreten, als man es selbst bei optimistischer Schätzung voraussehen konnte. Die Sozialdemokratie aller Richtungen hat einen nicht unbeträchtlichen Verlust zu verzeichnen. Insbesondere im Westen stimmt das Land, das im Frühjahr 19 durch den roten Stimmzettel seiner Kriegsverärgerung Ausdruck gab, nicht mehr sozialistisch. Die nüchterne Besinnung ist zurückgekehrt. Im Osten scheint freilich die Radikalisierung der Landarbeiter diesen Zug zu verwischen, soweit sich das aus den Mecklenburger Wahlen zum Beispiel ersehen läßt. Daß die U. S. P. D. anwächst — nicht so wie man in ihren Kreisen wohl erhoffte — ist nur ein Zeichen dafür, daß der eigentliche Stamm der sozialistisch erzogenen Arbeiterschaft die Hoffnungen auf das wundertätige Erfurter Programm unentwegt festhält, das ist die innere Schwäche dieser Partei, denn dieser Stamm würde vermutlich nach einer Zeit unabhängiger Regierungsleistung abermals weiter nach links abwandern, soweit er dann nicht überhaupt am Marxismus zu zweifeln anfangen. Gut, daß einmal klar zum Vorschein kommt, wie gering die Zahl der Kommunisten ist, selbst wenn man berücksichtigt, daß sie bei anderer Zählart noch auf fünf weitere Mandate Anspruch hätten.

Grenzboten II 1920

Wie stark der Zug nach rechts ist, wird erst ganz deutlich, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die zum Teil auffällig geringere Wahlbeteiligung ihren entscheidenden Grund hat in dem Verzicht vieler Wähler der bisherigen Mehrheitsparteien auf die Betätigung ihres Bürgerrechts. Zweifelnd an ihren bisherigen Parteien, können sie sich nicht entschließen, nunmehr nach rechts abzuwandern. Die Leichtigkeit, mit der die Wähler in England und Amerika ihre Stimmen wechseln, fehlt dem Deutschen, der ein gewisses Treueverhältnis seiner Partei gegenüber empfindet. Er denkt zudem auch heute noch stark im politischen Schema der Vorkriegszeit. Diese Beobachtung bestätigt sich, wenn man einzelne Stimmbezirke nachprüft, in denen oft ganz überraschend die Zahl des Stimmenverlustes der Demokratie und insbesondere der Mehrheitssozialisten die Zahl der Zunahme der Rechtsparteien weit übertrifft.

Wie sehr dies Schema Rechts—Mitte—Links die Klasse der Wähler beherrscht, zeigt aber am auffallendsten das gewaltige Anwachsen der Volkspartei, die geradezu dank dieser Gedankenlosigkeit der Wählerschaft als Staudamm für den nach rechts gleitenden Strom der Wählerschaft gewirkt hat. Ich kenne Gegenden, in denen die Land- und Forstarbeiter, entschlossen, dem sozialistischen Zentrum den Rücken zu lehnen, nun zur Deutschen Volkspartei gingen, obwohl sie für den nationalen Gedanken gewonnen waren durch die soziale Arbeit des Land- und Weinbergarbeiterverbands, dessen Vorsitzender Behrens ist, mit der Begründung „sie könnten doch nicht ganz rechts gehen!“ Überhaupt haben Unzählige in völliger Verkennung der inneren Struktur- und Gedankenbildung der Parteien die Deutsche Volkspartei statt der Deutschnationalen gewählt, weil sie doch weiter links und keine „soziale“ sei! Diese Erscheinung bedeutet zweifellos eine ernste Aufgabe für die politische Arbeit der Zukunft, soll nicht der Gewinn, der so bei diesen Wahlen noch in einer gewissen Unentschlossenheit der Wähler sich in „der liberalen“ Partei gesammelt hat, bei irgend einer Gelegenheit dem Wiederaufbau des nationalen Staates wieder verloren gehen. Die Wählerschaft muß innerlich mit dem Gedankengehalt nationaler organischer Staatsideen durchdrungen und damit in ihrem Streben nach Überwindung des unfruchtbaren Demokratismus befestigt werden. Daß in ganz Süddeutschland die Entwicklung sich wesentlich klarer und eindeutiger vollzogen hat, ist zu begrüßen und hat seinen Grund vielleicht mit darin, daß gewisse unerfreuliche Erscheinungsformen, die bei der Deutschnationalen Partei im Gegensatz zu ihrer Führung sich bemerkbar gemacht haben, in dem ruhigeren, nicht so gespannten politischen Leben Süddeutschlands ausfielen. In Bayern hat zweifellos die Erfahrung der Bevölkerung mit der Räterepublik die überraschende Entschlossenheit bei den Wahlen mit hervorgerufen.

Über die Möglichkeiten der Regierungsbildung jetzt schon Vermutungen aufzustellen, erscheint unangebracht, da die allernächste Zeit ja praktisch zeigen wird, was die Fraktionsführer ausmachen und dann erst ein Urteil herausgefordert wird. Darum möchte ich mich auf einige Hinweise beschränken. Es könnte der Gedanke naheliegen, die bisherige Koalition durch Aufnahme der Volkspartei weiter am Leben zu erhalten. Ich glaube nur, diese Lösung würde dem Sinn dieser Wahlen durchaus widersprechen. Mit der Deutschnationalen Partei in der Opposition würde die Regierung sofort die Stimmung der nationalen Wählerschaft einschließlich des größten Teils der Volksparteiwähler gegen sich haben, zumal damit

die wesentlichste und stärkste Vertretung des flachen Landes ausgeschaltet wäre, während eine der wichtigsten Aufgaben die Heranziehung der Landwirtschaft zum Wiederaufbau und ihr Zusammenschluß mit den übrigen schaffenden Kräften des Volkes ist. Mit dem Gegensatz Stadt — Land kann und darf nicht wie bisher weiterregiert werden.

Es würde aber auch weiterhin diese neue Koalition an dem verhängnisvollen Gegensatz leiden, der schon die alte gelähmt hat und der mit den beiden Worten Demokratie — Sozialismus in ihrer innersten Unvereinbarkeit gekennzeichnet ist. Da klappt ein unüberwindlicher Widerspruch in der Auffassung von Sinn und Aufgabe des Staates, der es zu positivem Schaffen nicht kommen läßt. Bei dem starken Einstürmen bisher demokratischer Elemente in die Deutsche Volkspartei würde an dieser Unwahrhaftigkeit der Koalition nichts geändert, während das Zusammengehen mit der Deutschnationalen Partei die Kraft des nationalen Liberalismus zu nationalem und straffem, in dem Pflichtgedanken der Persönlichkeit wurzelnden Staatsaufbau aufgerufen würde. Daß unser Volk aber zu diesem Staat, dem eigentlichen deutschen Staat hinwill, zeigen diese Wahlen aufs deutlichste.

Ein Hineinnehmen der U. S. P. D. auf der anderen Seite unter Beteiligung der Demokratie und des Erzbergerflügels der Zentrumsleute würde die bisherigen Zustände verewigen, ganz abgesehen davon, daß weder die U. S. P. D. dafür zu haben sein wird in ihrer bequemen und verantwortungslosen Opposition, noch die Demokratie nach der Lehre des 6. Juni sich dieses Experiment wird leisten wollen. — Durch ständige Drohung mit Austritt würde die unabhängige Partei in einer solchen Koalition das Schwergewicht haben und selbst dabei durch die Phraseologie ihrer Agitation, durch Utopismus und starren Dogmatismus wenigstens ihrer Anhänger gehemmt, abhängig von den Instinkten der Masse unfähig sein, brauchbare praktische Politik zu machen. Darauf hat Winiw in roten „Tag“ mit Recht hingewiesen. Eine regierende U. S. P. D. trifft die gleiche Verdamnis wie die regierende S. P. D. Die letzten Reste staatlicher Autorität und Festigkeit gegenüber der Straße wären verloren, wenn heute überhaupt noch von solchen Resten gesprochen werden kann.

Der Sinn dieser Wahlen geht auf ein Neues. Jenseits aller Parteien und aller Parteipolitik sucht das Volk nach den sachkundigen, klaren, unabhängigen Führern, den Besten des Landes, und das erhofft es von den Abgeordneten der Rechten, daß sie solche Leute zur Führung der Geschäfte finden, nicht aber selbst die Geschäfte der Partei in der Regierung wahrnehmen. Zur Unterstützung dieser Regierung müßten sich alle die Menschen mit positiver Staatsgesinnung und nationalem Empfinden zusammenschließen. Die Demokratie als Parteiregierung sollte in diesen Wahlen ihr Urteil empfangen. Sie muß damit abgetan sein.

Damit liegen auch die großen Aufgaben der nächsten Zeit vorgezeichnet: Übergabe der Wirtschaft aus den Händen der politischen Parteien in die Hände der Wirtschaften, Ergänzung des politischen Parlamentarismus durch einen berufsständischen Aufbau, der den Kampf der wirtschaftlichen Interessen und Mächte in Arbeitsgemeinschaft verwandelt. Dazu gehört vor allem, daß klare Erkenntnis der sozialen Lage alle Schwere und alles Beharrungsvermögen zu

überwinden vermag und durch weitgehende Heranbildung der Arbeiterschaft zur Beteiligung an der wirtschaftlichen Verantwortung der positive Beweis geliefert wird, daß nicht vom Marxismus und der von ihm bestimmten Arbeiterbewegung, sondern in der Fortbildung der wertvollsten Gedanken des Preußentums und des alten deutschen Wirtschaftsrechtes die Zukunft der breiten Schichten des Volkes ihre Sicherung hat.

Zunächst jedoch soll die neue Regierung zusehen, daß sie alle staatlichen Machtmittel so schnell und so fest wie irgend möglich in die Hand nimmt. Nichts erwartet man so sehr von ihr, als die endliche Wiederaufrichtung der Autorität des Rechtsstaates. Allen Unbesonnenheiten und allem Terror trete sie darum mit Entschlossenheit entgegen. Die ersten Wochen werden in der Beziehung entscheidend sein, sie zeigen allen unruhigen Elementen, was sie von der neuen Regierung zu erwarten haben.

Möchte die Sachlichkeit und Nüchternheit der Neugewählten jenseits der Schlagworte und der schematischen Parteischablone endlich die Besten und Zuverlässigsten an die Spitze des Staates bringen. Solche Entsagung würde wie nichts anderes den Rechtsparteien das Vertrauen des Volkes gewinnen. Vermittler, nicht Organe des Volkswillens sind die Parteien, wenn sie ihren Sinn im Staatsleben recht verstehen.

9. 6. 20.



## Reichswirtschaftsrat und Reichstag

Von Mag Hildebert Boehm



Die Zeitungen verkünden mit Riesenlettern den Ausgang der Wahlschlacht, tagelang ist das Leserinteresse auf nichts anderes gerichtet. Die neuen Abgeordneten des Deutschen Reichstages sind die unbestrittenen Helden des Tages. Dies das Bild. Und nun das Gegenbild. An bescheidener Stelle bringen dieselben Zeitungen die fortlaufende Liste der Entsendungen in den Reichswirtschaftsrat. Man erinnert sich unwillkürlich, daß auch die Beförderung unserer alten tüchtigen und gewissenhaften Beamtenschaft in unscheinbaren trockenen Listen in der Beilage der Zeitung angezeigt wurde. Der parlamentaristisch zerrüttete Regierungsapparat schafft es heute nicht mehr, die lebendigen Kräfte des arbeitenden Volkes werden zur Sanierung unserer Wirtschaftspolitik aufgerufen. Aber während durch Wahlkampf und Wahlsensation die Leidenschaften demokratisch nivellierter und zerpulverter Urwählermassen zu ungeheuren Staubwolken aufgewirbelt werden, entsenden die schaffenden Stände auf eine vornehm ruhige Weise ihre Boten in das neue Wirtschaftsparlament. Daß es ungefähr gleichzeitig mit dem neuen Reichstag zusammentritt, daß damit eine neue Unbekannte in die kombinatorischen Gleichungen der politischen Prognose eintritt, wird fast völlig übersehen. Wie mißtrauisch die herrschende Parlamentsregierung dem neuen Akteur auf der politischen Bühne